

Datum: 27.09.2022
Telefon: +49 (89) 233-92735

l@muenchen.de



Anlage 2
Landeshauptstadt
München
Stadtkämmerei
Haushaltswirtschaft und Finanzplanung
Teilhaushalte
SKA 2.12

**Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V07492 Verstetigung der dezentralen Erstanlaufstelle für
Geflüchtete aus der Ukraine**

Beschlussvorlage für die Vollversammlung am 05.10.2022
Öffentliche Sitzung

I. An das Sozialreferat

Die Stadtkämmerei erhebt gegen die o.g. Beschlussvorlage grundsätzlich keine Einwendungen.

Die Ausführungen zur Unabweisbarkeit und Unplanbarkeit sind aufgrund der vorherrschenden geopolitischen Lage nachvollziehbar.

Die Stadtkämmerei möchte darauf hinweisen, dass sämtliche Maßnahmen nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit (vgl. Art. 61 GO) getroffen werden müssen. Vor dem Hintergrund der momentanen finanziellen Situation der Landeshauptstadt München und auch im Hinblick auf die mittelfristige Finanzplanung in den kommenden Jahren ist kein finanzieller Spielraum vorhanden. Zusätzliche städtische Mittel, die nicht oder nur teilweise von der Regierung von Oberbayern erstattet werden können und zu einer Ausweitung des Haushalts führen, sind aus dem eigenen Referatsbudget zu tragen bzw. in Anbetracht der derzeitigen mittelfristigen Finanzplanung möglichst gering zu halten. Es ist auf eine möglichst vollständige Kostenerstattung durch die Regierung von Oberbayern hinzuwirken. Pauschale Zusagen zur Kostenerstattung sind nicht ausreichend. Es müssen detaillierte Kostenerstattungszusagen der Regierung von Oberbayern vorliegen.

Für den Bustransfer innerhalb von Bayern liegt eine Kostenerstattungszusage der Regierung von Oberbayern vor. Bezüglich der Kosten für den Transport der Flüchtlinge vom Hauptbahnhof zur dezentralen Erstanlaufstelle steht das Referat noch in Verhandlungen mit der Regierung von Oberbayern. Der Erstattungsanspruch für die Medizinische Versorgung wird noch geprüft.

Die Finanzierung der im Jahr 2022 benötigten Mittel erfolgt aus dem eigenen Referatsbudget des Sozialreferates. Für 2023 und 2024 werden zusätzliche Mittel benötigt.

In der vorliegenden Beschlussvorlage geht es zum Großteil um die Zuschaltung von Personal zur Bewältigung der Ukraine-Krise.

Im Weiteren verweisen wir auf die Stellungnahme des Personal- und Organisationsreferats.

Die Stellungnahme der Stadtkämmerei ist in die Beschlussvorlage einzuarbeiten oder als Anlage beizufügen.

Das Büro des Oberbürgermeisters, das Revisionsamt sowie das Direktorium D-HAII-V1 (Beschlusswesen) und das Personal- und Organisationsreferat erhalten einen Abdruck der Stellungnahme zur Kenntnis.

Gezeichnet
am 27.09.2022